

Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Dieses Informationsblatt gibt Auskunft darüber, was mit Ihren von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten geschieht und welche Rechte Sie im Hinblick auf ihre Verarbeitung haben. Diese Informationen erfolgen gemäß Artikel 13 der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DSGVO).

Mit dem „Sammelantrag Agrarförderung und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen 2024“ sowie den zugehörigen Anlagen werden die für die Teilnahme an der flächen- und tierbezogene Förderung erforderlichen Daten erhoben und verarbeitet. Die Antragsdaten werden geprüft, abgeglichen und weiterverarbeitet. Bei niedersächsischen, bremischen und hamburgischen Begünstigten mit Betriebssitz in Niedersachsen, Bremen oder Hamburg erfolgt nach umfänglicher Prüfung der Antragsdaten eine Entscheidung über den Antrag sowie bei positiver Entscheidung eine Auszahlung.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Calenberger Straße 2
30169 Hannover
Telefon: (0511) 120 0
E-Mail: poststelle@ml.niedersachsen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Calenberger Straße 2
30169 Hannover
Telefon: (0511) 120 0
E-Mail: datenschutz@ml.niedersachsen.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die für niedersächsische, bremische und hamburgische Begünstigte mit Betriebssitz in Niedersachsen, Bremen oder Hamburg mit dem „Sammelantrag Agrarförderung und Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen 2025“ einschließlich der zugehörigen Anlagen erhobenen Daten werden zur Feststellung der Förderberechtigung und der Förderhöhe, für Wiedereinziehungsverfahren, für Prüfzwecke, für statistische Zwecke sowie zur Evaluation verarbeitet. Für Begünstigte mit Betriebssitz außerhalb von Niedersachsen, Bremen und Hamburg werden die Daten an die zuständige Landesstelle zur weiteren Verarbeitung weitergegeben.

Für eine Antragstellung ist die Bereitstellung der personenbezogenen Daten gesetzlich vorgeschrieben und damit verpflichtend. Bei Nichtbereitstellung der Daten kann keine abschließende Bearbeitung Ihres Antrags erfolgen, so dass dieser abzulehnen ist.

Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten, die Sie im Zusammenhang mit der Beantragung angegeben haben, sowie solche, die bei Kontrollen erhoben wurden, um den Verpflichtungen betreffend Verwaltung, Kontrolle, Prüfung sowie Überwachung und Bewertung nachzukommen, die uns von der Verordnung (EU) Nr. 2021/2116 sowie den Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 zur korrekten Ausbezahlung der Agrarsubventionen und nach den Verordnungen (EU) Nr. 2021/2115 sowie (EU) Nr. 1305/2013 auferlegt worden sind.

Im Einzelnen werden Ihre personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken erhoben und verarbeitet:

- Verwaltungskontrollen und Vor-Ort-Kontrollen (inkl. Ergebnisse aus dem Flächenmonitoringsystem (AMS)) nach Artikel 72 in Verbindung mit Artikel 66 Abs. 1 und 59 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2021/2116 sowie nach Artikel 74 Absatz 1 und Artikel 61 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013,

- Kürzung und Sanktionierung nach Artikel 59 und nach Artikel 84 ff der Verordnung (EU) Nr. 2021/2116 im Falle der Nichteinhaltung in Bezug auf Förderkriterien, Auflagen oder anderen Verpflichtungen im Sinne des Artikels 84 der Verordnung (EU) Nr. 2021/2116 sowie nach Artikel 74 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 63 Absatz 1 und nach Artikel 77 Absatz 1 bis 6 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 im Falle der Nichteinhaltung in Bezug auf Förderkriterien, Auflagen oder anderen Verpflichtungen im Sinne des Artikels 77 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013, auf nationaler Ebene sind die Regelungen des §11 des GAPInVeKoSG sowie die §§ 7 -9 des NEFG maßgeblich.
- Kontrollen entsprechend Art 59 der VO (EU) 2021/2116 sowie den §§ 9 und 10 GAPInVeKoSG sowie § 28 - 39 GAPInVeKoSV sowie § 6 NEFG
- Kontrollen für den Konditionalitäts-Bereich nach § 16 ff. GAPKondG in Verbindung mit § 3 GAPKondG und in Verbindung mit §§ 30 bis 35 GAPKondV
- Kontrollen nach Artikel 96 Absatz 1 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013
- Kontrollen der Grundanforderungen an die Betriebsführung und der Standards zur Erhaltung von Flächen in gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand nach Paragraf 3 GAPKondG (bei Altmaßnahmen)
- Sanktionierung nach §§ 21 ff. GAPKondG in Verbindung mit §§ 36 bis 39 GAPKondV
- Sanktionen nach §11 des GAP-InVeKoSG sowie nach §§ 7 -9 des NEFGSanktionierung nach Artikel 97 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013.
- Bewilligung der Anträge
- Auszahlung und Verbuchung im Rahmen der Stützungsregelungen
(Bearbeitung von Supportfällen, wenn das Support-Angebot genutzt wird (Art. 6 Abs. 1 S. 1 e) DSGVO i.V.m. § 3 NDSG))Als Grundlage dient dazu ergänzend auch Art. 6 Absatz 1 Satz 1 a), c), e) DSGVO.

Sofern diese Daten nicht unmittelbar bei Ihnen erhoben wurden, stammen sie aus Datenabgleichen mit anderen Zahlstellen oder der Zentralen InVeKoS-Datenbank.

Bei Nutzung der ANDI-Website wird auf einem Webserver des SLA temporär ein sogenannter Protokolldatensatz (sog. Server-Logfile) gespeichert. Die Erhebung dieser Daten ist erforderlich, um eine Antragstellung mittels ANDI gewährleisten zu können. Ohne diese Daten können die Anwendung ANDI und die zugrundeliegenden Dienste nicht funktionsfähig angeboten und gehalten werden. Die Erhebung dient der Nachvollziehbarkeit und Überprüfung der Vollständigkeit der eigentlichen Anträge sowie dem Erkennen der Einhaltung von Abgabefristen. Ebenfalls werden Protokolldatensätze zum Schutz und zur Abwehr von Cyberangriffen auf der Grundlage von Art. 6 DSGVO und § 3 NDSG gespeichert.

Der Protokolldatensatz besteht aus:

- der Seite, von der aus die Seite angefordert wurde (sog. Referrer-URL)
- dem Namen und URL der angeforderten Seite
- dem Datum und der Uhrzeit des Aufrufs
- der Beschreibung des Typs, Sprache und Version des verwendeten Webbrowsers
- die IP-Adresse des ASG beim IT.N oder des Proxyserver [nicht die IP-Adresse des Endanwenders]
- der übertragenen Datenmenge
- dem Betriebssystem
- der Meldung, ob der Aufruf erfolgreich war (Zugriffsstatus/Http-Statuscode)
- in Fehlerfällen der Registriernummer des Antragstellers

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen an folgende Empfänger übermittelt:

- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Bremen
- Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg
- die Landwirtschaftskammern in Niedersachsen, Bremen und Hamburg

- Servicezentrum Landentwicklung und Agrarförderung (SLA)
- auf Luftbildanalyse und -auswertung spezialisiertes Unternehmen
- Bundeskasse Kiel bzw. Landeshauptkasse Niedersachsen
- Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
- Ämter für regionale Landesentwicklung in Niedersachsen
- untere Naturschutzbehörden
- Vermessungsverwaltung
- Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)
- Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
- Andere Zahlstellen anderer Bundesländer, soweit ein Austausch der Daten für die verwaltungsmäßige Umsetzung erforderlich ist
- Zentrale InVeKoS Datenbank (ZID)
- Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HI-Tier)
- Vereinigte Informationssysteme Tierhaltung w.V. (VIT)
- Prämien- und den Fachüberwachungsbehörden
- Landesrechnungshöfe
- Ämter für Statistik
- Sozialversicherungen
- Steuerverwaltungen
- Johann Heinrich von Thünen-Institut
- Weitere Institutionen, soweit im Rahmen des Förderverfahrens eine Verpflichtung besteht, hierbei insb.:
 - o Bescheinigende Stelle im niedersächsischen Finanzministerium
 - o Europäische Kommission
 - o Europäischer Rechnungshof

Die Weitergabe erfolgt nicht an jede der genannten Stellen gleichzeitig und auch nur im Bedarfsfall bzw. soweit die Behörde aufgrund gesetzlicher Vorgaben dazu verpflichtet ist.

5. Automatisierte Nutzung der personenbezogenen Daten (hier E-Mailadresse) bei erteilter Einwilligung.

Sofern die Einwilligung (gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 a) DSGVO) zur automatisierten Nutzung der E-Mail-Adresse für FANi oder im Zusammenhang mit dem Monitoring erteilt wurde, wird die in ANDI hinterlegte E-Mailadresse verarbeitet, um automatisiert mit Ihnen Kontakt aufzunehmen. Die Verarbeitung erfolgt nur durch die Bewilligungsstellen. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, die Einwilligung schriftlich (per E-Mail, Fax oder Brief) gegenüber Ihrer zuständigen Bewilligungsstelle zurückzuziehen. Die Kontaktdaten der Bewilligungsstellen entnehmen Sie bitte der Anlage zu diesem Informationspapier.

6. Dauer der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden nur so lange verarbeitet, wie dies für die Erreichung der oben genannten Verarbeitungszwecke erforderlich ist; hierfür gelten die im Rahmen der Verarbeitungszwecke angegebenen Rechtsgrundlagen entsprechend.

7. Nicht bei den betroffenen Personen erhobene personenbezogene Daten

Wenn Sie Flächen außerhalb der gemeinsamen Förderregion (Niedersachsen, Bremen und Hamburg) bewirtschaften, werden die Flächendaten dieser Flächen in dem zuständigen Bundesland erhoben und dort ebenfalls verarbeitet. Halten Sie Tiere auf Betriebsstätten außerhalb der gemeinsamen Förderregion, erfolgt auch hier ein Datenaustausch mit dem jeweiligen Bundesland. Um die Daten in Ihre Bewilligungsdaten einfließen lassen und bei der Bewilligung berücksichtigen zu können, erfolgt ein Austausch der Daten zwischen Betriebssitz- und Belegenheitsland. Sofern Sie die gekoppelte Einkommensstützung für Kühe beantragen, werden die entsprechenden ZID-Daten in ANDI eingelesen und Ihnen für die Antragstellung bereitgestellt.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden unbeschadet besonderer gesetzlicher Aufbewahrungsfristen, etwa der Vorgaben nach Artikel 67 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) 2021/2116, eines auf Artikel 51 Absatz 3 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2021/2116 erlassenen Durchführungsrechtsakts der Europäischen Kommission oder einer Einschränkung der Verarbeitung der Daten gemäß § 7 Abs. 2 InVeKoSDG, spätestens nach Ablauf des zehnten Jahres, das auf das Jahr folgt, in dem die genannten Daten erhoben wurden, gelöscht.

Die Daten der Logfiles werden nach sechs Monaten gelöscht.

9. Betroffenenrechte

Sie haben gegenüber dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten folgende Rechte:

Auskunft: Sie haben das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Artikel 15 der Verordnung (EU) 2016/679 im einzelnen aufgeführten Informationen.

Berichtigung: Sie haben das Recht, unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Artikel 16 der Verordnung (EU) 2016/679).

Löschung: Sie haben das Recht, zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Artikel 17 der Verordnung (EU) 2016/679 im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden und die gesetzlichen Aufbewahrungs- und Archivvorschriften einer Löschung nicht entgegenstehen.

Einschränkung der Verarbeitung: Sie haben das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Artikel 18 der Verordnung (EU) 2016/679 aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung, ob dem Widerspruch statt gegeben werden kann.

Widerspruch: Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit im Rahmen der Voraussetzungen des Artikel 21 der Verordnung (EU) 2016/679 gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen.

Beschwerde: Sie haben das Recht, eine datenschutzrechtliche Beschwerde bei/dem Landesbeauftragten für den Datenschutz einzulegen:

Landesbeauftragter für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: (0511) 120 4500
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

10. Änderungen der Datenschutzhinweise

Im Rahmen der Fortentwicklung des Datenschutzrechts sowie technologischer oder organisatorischer Veränderungen werden unsere Datenschutzhinweise regelmäßig auf Anpassungs- oder Ergänzungsbedarf hin überprüft. Über Änderungen werden Sie auf der ANDI-Webseite unterrichtet.